U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

21 Jahrgang. No. 44

Münster, Sask., Donnerstag, den 11. Dezember 1924

Fortlaufende No. 1084

Welt-Rundschau.

Ausschluß der Japaner aus Brasilien und Errichtung einer englischen Flottenstation in Singapore.

Zwei Nachrichten der vergangenen Woche, die in den Zeitungen einen ganz kleinen Raum einnahmen, wenn sie überhaupt erwähnt wurden, sind trotzdem von allergrößter Bedeutung. Sie mögen in ihrer Auswirkung Weltbedeutung gewinnen. Die eine Nachricht besagt, daß der brasilianische Konsul der japanischen Regierung eröffnete, daß er von seiner Regierung angewiesen wurde, die Gewährung von Auswanderungsbescheinigungen nach Brasilien einzustellen. Die andere Nachricht meldet, daß die konservative Regierung von England beschlossen habe, den Bau der großen Flottenstation in Singapore durchzuführen.

Der Schritt der brasilianischen Regierung, welche praktisch die völlige Ausschließung der Japaner bedeutet, ist zum mindesten sehr sonderbar. Es läßt sich wohl mit Recht bezweifeln, ob die Japaner bisher in so großen Zahlen dort eingewandert sind, daß sie für dieses gewaltige Land mit seiner verhältnismäßig so geringen Bevölkerung eine Gefahr oder nur eine Unbequemlichkeit bedeuteten. Man möchte eher glauben, daß die Brasilianer sich darüber Sorge machen, wie sie gute Arbeiter für die Urbarmachung und Bebauung ihres Bodens ins Land ziehen, als wie sie Arbeiter fernhalten könnten, die man in anderen Ländern als nicht erwünscht verschrien hat. Aus dieser Erwägung darf ohne Zweifel der Schluß gezogen werden, daß Brasilien nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Geheiß einer anderen Macht den Ausschluß der Japaner beschlossen hat. Diese andere Macht könnte nur entweder England oder die Ver. Staaten sein. Aber, was für ein Interesse sollte England daran haben, die Japaner von Südamerika auszuschließen? Es wäre vielmehr im Interesse Englands, der japanischen Auswanderung die Richtung nach Südamerika zu geben, um die begierigen Augen der Japaner von Canada und besonders von Australien abzulenken. Somit fällt England als möglicher Anstifter dieses Entschlusses von Brasilien aus. Dagegen weisen alle Anzeichen auf die Ver. Staaten als den Anstifter.

Der amerikanische Kongreß hat in diesem Jahre die gänzliche Ausschließung der Japaner aus den Ver. Staaten verfügt. Amerika hat schon seit Jahren eifersüchtig jedes Anzeichen einer möglichen japanischen Niederlassung in Merico verfolgt. Amerika zieht jedenfalls die Möglichkeit eines Krieges mit Japan in Erwägung und sucht es zu verhindern, daß der zukünftige Feind in nächster Nähe Anhaltspunkte besitze, auf die er sich im Ernstfalle stützen könnte. Aber dieselbe Erwägung gilt mehr oder weniger auch für alle Staaten Südamerikas. Und so werden die Ver. Staaten, sowie die Gelegenheit es erheischt, einen nach dem andern dieser Staaten dazu drängen, dieselbe Politik der Ausschließung den Japanern gegenüber zu befolgen.

Für den Weltverkehr auf der östlichen Halbkugel gibt es keinen wichtigeren Punkt als Singapore. Er liegt an oder nahe bei den Verkehrswegen, welche das östliche Asien mit dessen Westen, mit Europa, Afrika und Australien verbinden. Für die Weltherrschaft Englands gibt es keinen Punkt von größerer oder auch nur annähernd gleicher Bedeutung. Kein Wunder, daß Großbritannien unmittelbar nach dem Weltkriege ernstlich darauf dachte, diesen Punkt zu der stärksten Flottenstation der Welt auszubauen. Die Ausführung dieses Projektes war vor der Arbeiterregierung beschlossene Sache, der Premier MacDonald aber schob es aus Gründen der enormen Kosten und aus Friedensbestrebungen auf die Seite. Nach dem Sturze MacDonald's kehrte die konservative Regierung fast instinktgemäß darauf zurück. Das Projekt wird ausgeführt werden, und sollte es den halben Reichtum Englands aufzehren.

Die Flottenstation in Singapore gilt der Beschützung der englischen Weltherrschaft. Der verwundbarste Punkt Englands ist Indien, zugleich der Eckstein seiner Weltmacht. Abgesehen von inneren Gefahren, die sich seit dem Kriege mehr und mehr häufen, droht eine Gefahr von außen — und diese heißt Japan. Es liegt ganz sicher im Plane Japans, nach und nach alle asiatischen Völker unter seiner eigenen Leitung zusammenzuschließen und Asien von der Fremdherrschaft der Europäer zu befreien. Und das heißt am letzten Ende, von der Fremdherrschaft der Briten; denn die anderen europäischen Völker kommen dabei kaum in Betracht. Der Weg von Japan nach Indien, ebenso von China nach Indien, geht über Singapore.

Eine vielleicht noch viel größere Gefahr von Japan bedroht Australien und Neu-Seeland. Diese Länder bilden in den Augen der Japaner ihr natürliches Siedelland, ihren Ausschluß aus diesen Ländern sehen sie als eine große Ungerechtigkeit an. Es ist darum leicht begreiflich, daß der Gedanke an Japan jeden Australier und Neu-Seeländer mit Schrecken erfüllt. Gegen die japanische Gefahr kann sie nur die mächtige Hand Englands schützen. Bisher war der Schutz, den die Flotte Englands all seinen Besitzungen angedeihen lassen konnte, auch für Australien und Neu-Seeland genügend. Aber die Macht Japans ist in den letzten 25 Jahren bedeutend gewachsen. Zugleich wird ein Abschub seiner überschüssigen Bevölkerung von Jahr zu Jahr eine dringendere Notwendigkeit. Will England seine Südseeländer nicht ihrem Schicksale überlassen, so muß es in den Nähe Japans eine große Flottenmacht unterhalten, die jedem Unternehmen der japanischen Flotte sofort entgegentreten kann. Obwohl Singapore nicht gerade auf dem direkten Wege von Japan nach Australien oder Neu-Seeland liegt, so ist es doch dieser Flottenstraße nahe genug, um alle Bewegungen der Japaner zu überwachen.

Die Japaner werden sich hinsichtlich der Errichtung der Flottenstation in Singapore keinen Täuschungen hingeben. Sie wissen, daß dieselbe nichts anderes ist als eine stillschweigende Kriegserklärung Englands an Japan. Sogar die Engländer, die hierin ein außerordentliches Geschick haben, werden sich kaum Mühe geben, dem Unternehmen eine andere Erklärung zu geben; denn bloß ein Blinder könnte den wahren Sachverhalt nicht sehen.

Akamatsu, der Vorstand der Einwanderungsabteilung im Auswärtigen Amte Japans, sagte bei der Mitteilung des brasilianischen Konsuls, daß die Lage für die japanische Nation eine sehr ernste sei, falls der Schritt Brasiliens die Ausschlußpolitik bedeute; Japan sehe sich dadurch vor eine überaus ernste Entscheidung gestellt. Welche Art der Entscheidung mag wohl dem Geiste dieses japanischen Staatsmannes vorgeschwebt sein?

Der Japaner ist eine stolze Natur, und wenn man seine Leistungen und Fähigkeiten betrachtet, ist das, menschlicherweise gesprochen, ganz erklärlich. Die Tatsache, daß man ihn als minderwertig und unerwünscht überall die Türe weist, muß in ihm ein fürchterliches Gefühl des Hasses und der Rache erzeugen. Doch in seiner schlauen Berechnung wird er sich nicht zu einem voreiligen Schritt hinreißen lassen, bloß um seinen Gefühlen ob des verletzten Ehrgefühles Luft zu machen. Er wird es verstehen, diese Gefühle niederzuhalten, bis der günstige Augenblick gekommen ist.

Aber bei Japan handelt es sich nicht ausschließlich, ja nicht einmal hauptsächlich, um die Verletzung seines Ehrgefühles. Eine viel wichtigere Frage, über die ihm bald die Kontrolle entfallen wird, ist der Ueberschuß seiner Bevölkerung. Das Land ist jetzt schon kaum mehr imstande, seine Leute zu ernähren, obgleich die Genügsamkeit des Japaners, gleich der des Chinesen, sprichwörtlich ist. Was tun? Die Lage wird mit jedem Jahre verzweifelter. Solange die Welt gegen Japan die Ausschließungspolitik betreibt, bleibt ihm bloß die Auswahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder jährlich eine große Anzahl seiner Bevölkerung zum Hungertode zu verurteilen oder mit bewaffneter Hand sein Kriegsglück zu versuchen. Welche von beiden Alternativen mag dem Beamten für Auswanderung vorgeschwebt sein?

Die Lage ist in der Tat sehr ernst und wird immer bedrohlicher. Japan gleicht einem mächtigen Dampfkessel, dem das Sicherheitsventil fehlt. Früher oder später muß es zu einer fürchterlichen Explosion kommen, wenn nicht zur rechten Zeit das Ventil angebracht wird. Sollte es Japan je gelingen, die asiatischen Massen in Fluß zu bringen, so mag es eine neue Auflage der Völkerwanderung geben, gegen die jene Völkerwanderung, welche das römische Reich in Trümmer schlug, das reinste Kinderspiel gewesen sein dürfte.

Ohne Zweifel hat das japanische Volk ein Anrecht auf seine Existenz, ein Recht zu leben, nicht minder als jedes andere Volk. Wird ihm dieses Recht bekanntlich streitig gemacht, so wird es darum mit dem Mute der Verzweiflung kämpfen. Auch eine zeitweilige Niederlage wird diesen Kampf nicht beendigen. Nur die Ausrottung des ganzen Volkes könnte ihm ein Ende machen.

Die Welt faselt gegenwärtig soviel vom allgemeinen Frieden. Aber hier ist ein Zündstoff, der sich mit allen Verhandlungen und Beratungen des Völkerbundes nicht aus der Welt schaffen läßt. Auch Bündnisse gegen Japan werden ihn nicht beiseite schaffen. Da gibt es bloß einen Friedensweg. Das berechtigte Verlangen der Japaner nach Siedelland muß erfüllt werden. Das wäre eine Aufgabe für alle großen Politiker der Welt, eine friedliche Lösung dieses großen Problems zu finden und in die Wege zu leiten. Der Ausschluß der Japaner von den Ländern der Erde und die Anlage von Flottenstationen werden das Problem nicht lösen. Solche Mittel können höchstens die unvermeidliche Explosion beschleunigen.

Kleinere Nachrichten.

Der ägyptische Trubel scheint einstweilen beigelegt zu sein, es herrscht dort Friedhofsruhe. Der neue Premier Zuwart Pascha hat alle englischen Forderungen bewilligt und so erklärten sich die Engländer bereit, das Zollhaus in Alexandria zu räumen. Ob letzteres bis jetzt geschehen sei, ist nicht ersichtlich. Damit den Truppen im Sudan nicht so leicht wieder das Verlangen nach Meuterei aufsteige, wurde in Khartum nach dem unter den rebellischen Truppen angerichteten Blutbade ein summarisches Kriegsgericht gehalten. Vier Offiziere wurden zum Tode verurteilt und das Urteil wurde an dreien derselben vollzogen; die Strafe des vierten wurde in 15jährige Haft umgewandelt. — Die Mordanschläge gegen den Hochkommissar Allenby von Aegypten, der vereitelt worden sein soll, sowie gegen englische Minister in England durch ägyptische Studenten sind wohl Gerüchte, die zu dem Zwecke ausgestreut wurden, um der ganzen Sache einen schöneren Hintergrund zu geben. Recht interessant ist die Ankündigung des englischen Außenministers Austen Chamberlain, daß er dem soeben in Rom versammelten Ligarate des Völkerbundes persönlich über die ägyptische Frage berichten und ihm jede gewünschte Auskunft geben werde. Er verschlte nicht zu betonen, daß die Vorgänge in Aegypten nicht unter den Ligapakt fielen, d. h. den Ligarat gar nichts angingen; aber trotzdem sei er vom Kabinette aus Achtung vor dem Völkerbunde ermächtigt worden, demselben über die Angelegenheit Bericht zu erstatten. Es ist etwas Sonderbares um diese Achtung Englands vor dem Völkerbunde!

*

Coolidge, der Präsident der Ver. Staaten, schickte seine Botschaft an den kürzlich wieder zusammengetretenen Kongreß. Dieselbe enthält sehr viele Vorschläge und Prinzipien, nach denen die Gesetzgebung vorangehen soll. Bloß einige Punkte seien erwähnt. Coolidge erneuert seine Empfehlung des Beitritts Amerikas zu dem ständigen Gerichtshof internationaler Gerechtigkeit, lehnt aber den Anschluß an den Völkerbund ab. Daß sehr viele den Gerichtshof bloß als Vorinstanz zum verpönten Völkerbunde ansehen und überzeugt sind, daß der Anschluß an den ersteren unfehlbar den Eintritt in den letzteren nach sich ziehen würde, dessen geschieht keine Erwähnung. — Der Präsident spricht sich entschieden gegen den Verzicht auf die Schulden europäischer Staaten an Amerika aus. Ob es ihm damit ernst war oder ob das bloß ein Schlafpulver ist, womit jene ängstlichen Seelen eingeschläfert werden sollen, die eine solche Verzichtleistung fürchten, wer kann das sagen? Er erwartet, mit den anderen Großmächten in eine Konferenz über Beschränkung der Rüstungen zu treten, verwahrt sich aber gegen die Erlangung von Verpflichtungen, welche Amerikas Handlungsfreiheit in inneren Angelegenheiten beschneiden würden. Japan wird genau wissen, was damit verstanden ist. — Auf die Anklagen referierend, die jüngst gegen mehrere Zeitungen wegen Veröffentlichung von Zahlungen der Einkommensteuer erhoben wurden, stellt er sich auf den Standpunkt, eine solche Veröffentlichung sei der öffentlichen Wohlfahrt nachteilig und führe zur Verminderung öffentlicher Einkünfte. Der erste Punkt hat sicher seine Richtigkeit, wenn die öffentliche Wohlfahrt vor allem die Rücksicht auf

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Deutschland und Frankreich in 1871 und 1919.

Als sich auf der jüngsten Völkerbund Farce Frankreich durch die Forderung auf Einschränkung der militärischen Rüstungen in die Enge getrieben fühlte, rief sein Vertreter Barthou ohne Rücksicht auf die Londoner Konferenz und das Tapes Abkommen aus: „Wenn Deutschland getan hätte, was Frankreich 1871 tat, das heißt, wenn es seinen Verpflichtungen nachgekommen wäre und Beweise seines guten Willens geliefert hätte, dann wären wir jetzt nicht gezwungen, auf der Beibehaltung besonderer Vorsichtsmaßregeln zu bestehen."

Auf diesen Ausspruch hin richtet der Franzose Louis Gustant, Vorsitzender der Pariser Abteilung der Liga für Menschenrechte, an Barthou folgenden Brief, der, den Blättern dem Interesse ist:

„1871 hat das siegreiche Deutschland dem besiegten Frankreich seine unerhörten Bedingungen auferlegt. Im Krieg von 1870—71 hat Frankreich, um mit Charles Guide zu reden, „Preußen den Krieg erklärt, ohne den Schatten eines Grundes und nachdem es schon in einer Frage bloßer Eigenliebe volle Genugtuung erhalten hatte." Und, besiegt in einem ehrlichen Zweikampf, brauchte es sich dennoch keinen Bedingungen zu beugen, die sein Leben und seine Ehre gefährdeten. Es mußte das Elsaß zurückgeben, eine deutsche Provinz, die es seinerzeit dem deutschen Reich frei des Eroberungsrechtes gerauft hatte, und einen Teil von Lothringen, in dem man einen Wall gegen Angriffe auf Deutschland sah, die sich von Jahrhundert auf Jahrhundert erneuert hatten; sodann mußte es die Kriegskosten zahlen, die ein für allemal auf fünf Milliarden Franken festgesetzt wurden. Aber es blieb Herr in seiner selbst, ungebundert, seine Politik im Innern und nach außen einzurichten, wie es ihm beliebte; es war geachtet, war souverän, der Sieger fügte ihm keine Beleidigungen zu. Gemäß dem Gebrauch aller Zeiten und Völker wurde aber der Vertrag, der den Krieg beendete, zwischen den zwei Parteien unterhandelt; es war ein Friedensvertrag, der Vertrag eines Volkes im Stand, ehrlich Frieden, der wirkliche Ruhe dauerte und allgemeines Wohlergehen schuf, im Glück, wie anderswo. Es gab kein zertretenes Volk, keinen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch; jedes Volk erntete sich die Früchte seiner Arbeit.

„1918 war es ganz anders. Die Besiegten, die der Schlächterei müde nach Frieden schrieen, fanden ihn nicht. Der Vertrag von Versailles ist, wie Anatole France es sagte, kein Friedensvertrag; er ist die Verlängerung des Krieges. . . . keine Vereinigung, hätte er sagen können. Der Sieger, der seinen Feldzug der Lüge und Verleumdungen führt, überhäuft den Besiegten mit Beschimpfungen.

„Wenn man uns 1871 die Abtretung aller Kolonien auferlegt hätte, die Auslieferung unserer Kriegs- und Handelsflotten, die einseitige Abrüstung, eine fremde Beaufsichtigung, die das Recht der Spionage bis in die Privathäuser besitzt unter dem Vorwand, nach Waffen zu suchen, wenn man uns gezwungen hätte, unsere verarmten Bevölkerung drückende Steuern aufzuerlegen und wenn man dazu von uns eine unbestimmte Zahl von Milliarden in Geld, in Arbeit und Sachleistungen verlangt hätte, von anderen noch demütigenderen Bedingungen abgesehen, so hätten wir uns dann gefügt? Hätten wir dann nicht erklärt, daß ein solch einseitiger Vertrag, der uns aufgezwungen wurde und der schamlos selbst die Bedingungen des Waffenstillstandes verletzt, von rechts wegen null und nichtig sei, null und nichtig nicht weniger in den Augen der Vernunft als in denen des Rechts, daß er gegen alle Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit verstoße, daß sich ihm zu unterwerfen eine ausnehmende Feigheit, ein Verrat an den ursprünglichen Menschenrechten wäre, daß unsere Pflicht und unsere Ehre uns gebieten, seine Aufhebung mit allen Mitteln zu erstreben? Was aber für uns recht gewesen wäre, kann für andere nicht unrecht sein. Für uns zu wollen, was man für sich will, ist das A B C der Rechtschaffenheit. Ist Ihnen das unbekannt?"

Gustant schließt seinen Brief mit folgender Prophezeiung, die allen französischen Staatsmännern, wegen an um die Freunde Herriot's oder Poincaré's sein, in den Ohren klingen muß: „Wer aber so arbeitet, der baut auf das Nichts. Die Wahrheit wird ihren Tag haben. Die wirtschaftliche Gesetzlichkeit Europas zu unternehmen, ohne seine politische Ordnung auf die Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit gesetzt zu haben; heißt das Joch der Tantalus rollen, die Quadratur des Zirkels versuchen und die Pyramiden Aegyptens auf ihre Spitze stellen. Das Gebäude, das mit Lug und Ungerechtigkeit aufgebaut wurde, wird in Schande zusammen stürzen."

Daß Barthou es wagen konnte, fünf Jahre nach dem „Friedensvertrage" von Versailles Deutschland den Vorwurf eines Gesetzes zu schleudern, daß es nicht wie Frankreich in 1871 seinen Verpflichtungen nachgekommen sei und Beweise guten Willens gezeigt habe, daß er das in der öffentlichen Sitzung der Welt, auf der Versammlung des Völkerbundes zu Genf tun konnte, ohne daß man ihm widersprochen und ihn als einen Verräter verfluscht hat — das beweist ein zweifaches. Erstens zeigt es, daß die große, gedankenverblendende Masse der Bevölkerung der „gesitteten" Welt heutzutage so unwissend ist. Sie weiß nichts von 1871 und nichts von 1919. Sie weiß nicht, daß das immer nur von heute auf morgen . . . was ihr die Zeitungen ohne Unterlaß vorgaukeln, daß man sich Frankreich in 1871 seiner Verpflichtungen nachlässig nachgekommen ist, während Deutschland seit 1919 all sein Sinnen und Trachten einzig darauf gerichtet hat, seinen Verpflichtungen zu entgehen und seine Kriegsgegner zu betrügen. Das Deutschland in 1871 Frankreich unterlegen und nicht die „Verpflichtungen" Deutschlands seit 1919 sind, genug hat diese Masse nicht die Klarheit, zu erraten, ja mit der Gewißheit allseitigen Mitleidens, um Namen Frankreichs dieses Verdacht in die Welt hinauszurufen.

Zweitens beweist dies Zahlen die Skrupellosigkeit der intrigen Gegner Deutschlands. Sie sind die Hetzer, die Urheber der tückischen Lügenpropaganda, die nun schon seit zehn Jahren die Welt überschwemmt hat und sich noch immer verzweifelt gegen den Gedanken der Wahrheit zur Wehr setzt. Die Vertreter der Nationen in Genf gehören ausschließlich zu dieser Klasse. Barthou natürlich auch. Und trotzdem — oder gerade deshalb — findet Barthou den

(Fortsetzung auf Seite 4)